

Stand: 20.04.2026 06:19:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23205

"Klarheit beim G7-Gipfel!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23205 vom 21.06.2022
2. Beschluss des Plenums 18/23293 vom 22.06.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 22.06.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Klarheit beim G7-Gipfel!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Freistaat und Schloss Elmau durch den G7-Gipfel gleich zweimal innerhalb von sieben Jahren eine außerordentliche Belastung erfahren. Der Landtag stellt fest, dass dem Freistaat eine vollständige Kostenübernahme aller in Zusammenhang mit dem G7-Gipfel entstandenen Kosten durch den Bund in Aussicht gestellt wurde. Es ist auch eine Woche vor Austragung des G7-Gipfels nicht allgemein bekannt, in welcher Höhe der Bund die Kosten des Gipfels erstattet.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Landtag umgehend über die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Freistaat und dem Bund zur Erstattung der Kosten für den G7-Gipfel zu unterrichten. Dabei soll auch offengelegt werden, wie lange es bis zum Zustandekommen der Vereinbarung dauerte, was die Forderungen der Staatsregierung gegenüber dem Bund waren und in welcher Höhe der Bund die Kosten des G7-Gipfels erstattet.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass künftige G7-Gipfel in Bayern auf dedizierten Gebieten, beispielsweise Militärarealen, ausgetragen werden. Das Ziel muss eine Minimierung der Belastung der umliegenden Gemeinden sein.

Der Landtag stellt außerdem fest, dass Grenzkontrollen in Bayern problemlos möglich sind, wenn der politische Wille vorhanden ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, künftig Grenzkontrollen durchzuführen, um illegale Einreisen zu unterbinden.

Begründung:

Die Bundesregierung gab am 14. Dezember 2021 bekannt, dass der von Deutschland auszurichtende G7-Gipfel vom 26. bis zum 28. Juni 2022 auf Schloss Elmau in Bayern stattfinden wird. In ihrer offiziellen Mitteilung führt die Bundesregierung aus, dass Schloss Elmau „alle logistischen und sicherheitstechnischen Anforderungen an einen G7-Gipfelort (erfüllt). Bereits der letzte G7-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft fand im Juni 2015 dort statt. Mit seiner landschaftlich reizvollen Kulisse bot Schloss Elmau schon damals einen attraktiven Rahmen für die Gespräche und Begegnungen der Staats- und Regierungschefs, hat weltweit einen bleibenden Eindruck hinterlassen und gewährleistete einen reibungslosen Ablauf.“¹

Seit der Wiedervereinigung wurden, einschließlich des Jahres 2022, drei von fünf G7-Gipfel in Bayern ausgerichtet. Bei den G7-Gipfeln unter deutscher Präsidentschaft wird Bayern nun zweimal in Folge zum Ausrichtungsort des G7-Gipfels gemacht; zweimal in

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/g7-in-schloss-elmau-1991394>

Folge wird Schloss Elmau als Gipfelort verwendet. Dass Bayern immer wieder als Treffpunkt für die Gruppe der Sieben gewählt wird, ehrt den Freistaat. Und tatsächlich sind in Bayern katastrophale und chaotische Zustände – wie im links geführten Hamburg beim G20-Gipfel im Jahr 2017 – nicht zu erwarten. Das versteht auch die linke Bundesregierung. Allerdings dürfen den Bayern dadurch nicht wiederholt zusätzliche Kosten entstehen. Leider ist beim G7-Gipfel 2022 der bayerischen Öffentlichkeit nicht bekannt, in welcher Höhe der Bund sich an den Kosten beteiligt. Bekannt ist nur, dass die zunächst Ende 2021 und Anfang 2022 angekündigten Ausgaben von 166,1 Mio. Euro bereits überholt sind. Im Zuge der Haushaltsberatungen wurde klar, dass sich die Ausgaben für den Gipfel auf fast 190 Mio. Euro erhöhen. Davon sind fast 180 Mio. Euro allein im Ressort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration veranschlagt.

Die Ausrichtung des G7-Gipfels ist außerhalb Bayerns schwer realisierbar. Dazu ist die Zeitspanne zwischen Ankündigung und Ausrichtung des Gipfels zu kurz. Wenn die Bürger des Freistaates dieser vom Bund auferlegten Verpflichtung nachkommen, dann müssen diese im Gegenzug umfassend vom Bund entlastet werden. Die vom Gipfelgeschehen betroffenen Kommunen und Bürger werden nämlich nicht nur finanziell belastet, sondern aufgrund dieser dreitägigen Veranstaltung auch in ihrem Alltag eingeschränkt. Dies wird auch durch die strikten Grenzkontrollen, die momentan zu Stau und weiteren Verzögerungen führen, klar. Dass diese Grenzkontrollen nun plötzlich möglich sind, aber ansonsten zur Unterbindung von illegalen Einreisen nicht, erschließt sich dem Bürger nicht.

Sollten in Zukunft weitere G7-Gipfel oder ähnliche Veranstaltungen in Bayern ausgetragen werden, muss ein dafür ausgewiesenes Areal verwendet werden. So kann die Organisation vereinfacht und die Belastung der Gemeinden verringert werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/23205

Klarheit beim G7-Gipfel!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Manfred Ländner

Abg. Martin Böhm

Abg. Dr. Martin Runge

Abg. Christoph Maier

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Klaus Adelt

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Raimund Swoboda

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller,
Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

Klarheit beim G7-Gipfel! (Drs. 18/23205)

Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, die Sitzplätze wieder einzunehmen oder den Plenarsaal zu verlassen, um die bilateralen Verhandlungen außerhalb des Plenarsaals fortzusetzen.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie heute Abend noch nach Hause kommen wollen, bitte ich Sie jetzt um etwas Ruhe. Dann könnten wir nämlich die Plenarsitzung fortsetzen. Ich werde den nächsten Redner allerdings erst aufrufen, wenn hier einigermaßen Ruhe eingekehrt ist. Das gilt insbesondere auch für die Fraktion des Redners, der hier vorne am Pult steht. – Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Herrn Kollegen Ferdinand Mang. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um einen Antrag der AfD zum G7-Gipfel. Im schönen Schloss Elmau trifft sich bald die internationale Elite der mächtigsten – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Mang, entschuldigen Sie bitte, ich darf Sie noch einmal kurz unterbrechen. Ihre Zeit wird gestoppt. – Darf ich Sie darum bitten, Ihre Plätze einzunehmen? Falls Sie Beratungen führen wollen, die bilateral wichtig sind, führen Sie diese bitte außerhalb des Plenarsaals fort. Darf ich die etwa zehn Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion bitten, den Plenarsaal zu verlassen. Stören wir Sie hier vorne? – Hallo! Danke schön. – Herr Mang, Sie haben das Wort. Die Zeit wird Ihnen natürlich gutgeschrieben.

Ferdinand Mang (AfD): Im schönen Schloss Elmau trifft sich bald die internationale Elite der mächtigsten Waffenlobby des Westens, der G7-Gipfel. Wir haben die Kosten für dieses Treffen der internationalen Kriegsstrippenzieher schon bei den letzten Haushaltsverhandlungen moniert und die Kostenübernahme durch die Regierung Söder abgelehnt. Wir haben Anträge gestellt, dass diese Kosten der Bund zu bezahlen hat und nicht unser Freistaat. Die Forderung der AfD scheint gewirkt zu haben, denn es gibt nun wohl eine Vereinbarung darüber, dass der Bund zumindest teilweise die Kosten übernimmt. Auskunft über die Details haben wir nicht bekommen. Wieso auch? – Intransparenz ist schließlich das Markenzeichen der Regierung Söder. So mancher Deal ist schon aufgefliegen. Ein Untersuchungsausschuss ist damit beschäftigt, die Scherben vergangener Geschäfte aufzukehren.

(Alexander König (CSU): Unverschämtheit!)

– Das ist keine Unverschämtheit, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): Das ist eine Unverschämtheit, was Sie zum Besten geben!)

Interessant ist auch, was im Rahmen des G7-Gipfels plötzlich alles möglich ist. So kann man auf einmal die Grenzen kontrollieren, was die Regierung Söder bisher nicht bewerkstelligen wollte. Für die Sicherheit der eigenen Bevölkerung hat man sich nicht einsetzen wollen. Für die feinen Herren im noch feineren Zwirn wird nicht nur der große regenbogenfarbige Teppich ausgerollt, nein, dann kann man auch plötzlich die Grenzen wieder kontrollieren.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): So ein Schmarrn!)

Die Grenzen werden dann auch gleich so scharf kontrolliert, dass man stundenlange Staus für die Bevölkerung billigend in Kauf nimmt.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sind Sie schon einmal über die Grenze gefahren?)

Aber nicht nur das. Bezeichnend ist auch, dass dieses Luxustreffen in einem Schloss in einer Tourismusgegend stattfinden muss. Wo kämen wir denn hin, wenn man den G7-Gipfel zum Beispiel bei unseren amerikanischen Freunden in Grafenwöhr veranstalten würde? Das wäre für den deutschen Steuerzahler wohl um einiges günstiger und die betroffene Tourismusbranche, der Sie zu diesem Zweck einen örtlichen Lock-down um Elmau herum beschert haben, könnte in Frieden Steuern erwirtschaften, welche die Regierung Söder ja so gerne verprasst.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern daher die Staatsregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass solche Champagnertreffen in Zukunft an Orten stattfinden, wo die arbeitende Bevölkerung weniger in Mitleidenschaft gezogen wird.

Zuletzt möchte ich noch auf das Motto dieses 190-Millionenen-Euro-Spektakels eingehen: "Fortschritt für eine gerechte Welt". – Wenn Sie dieses Motto ernst meinen würden, dann würden Sie vielleicht erkennen, dass man nicht mit Waffen allein Gerechtigkeit erzielen kann, sondern nur im Dialog, indem man miteinander redet; und zwar nicht nur mit denjenigen, die brav alle dieselbe Meinung teilen.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Man sollte vielleicht auch mit denjenigen reden, mit denen man eigentlich nicht reden will, aber mit denen man ein großes Problem hat. Denn wenn, gesetzt den Fall, die Gaslieferungen aus Russland ganz ausbleiben, dann werden Sie reden müssen.

(Heiterkeit des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Denn ansonsten zerstören Sie kommenden Winter unsere gesamte Industrie, und das sehr nachhaltig.

Leider ist zu erwarten, dass auch dieses Treffen der höchsten Politikaste den Ukraine-Konflikt, der nun zu einem Krieg zwischen Russland und der Ukraine eskalierte, nicht

lösen können wird. Welche Fortschritte dieses Treffen für die Gerechtigkeit erzielt, darauf darf sich der deutsche Bürger spätestens im nächsten Winter freuen, wenn es kalt und dunkel wird.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen abgeschafft werden müssen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Manfred Ländner das Wort. Herr Mang, wenn Sie den Kollegen durchlassen würden. – Danke schön.

Manfred Ländner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen mich etwas ratlos. Ich habe mich tatsächlich mit ein paar Zeilen auf diesen Redebeitrag vorbereitet; in der Erwartung, dass jetzt ein Innenpolitiker der AfD kommt und sich mit dem G7-Gipfel inhaltlich, mit der Vorbereitung und Durchführung, auseinandersetzt. Aber so ein substanzloses Dahergerede

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

habe ich wirklich nicht erwartet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich weiß gar nicht, was das war. War das eine Generalabrechnung mit dem Bayerischen Landtag, dem Freistaat Bayern? War es eine Büttrede zu einer AfD-Veranstaltung?

(Alexander König (CSU): So etwas jedenfalls!)

Also ich weiß wirklich nicht, was ich damit anfangen soll.

(Ferdinand Mang (AfD): Zuhören!)

Darum werde ich auch nicht darauf antworten, sondern stelle einfach fest: Der G7-Gipfel wird stattfinden. Wir sind jetzt wenige Tage davor. Es wird so sein. Der Antrag auf Kostenübernahme ist gestellt und wird seitens Bayerns mit Nachdruck verfolgt. Ich werde das jetzt nicht näher ausführen, sonst sagt ihr wieder, wir schieben alles auf den Bund. Das machen wir natürlich nicht, aber unser Geld wollen wir trotzdem.

Die Dringlichkeit ist verfehlt, auch deshalb, weil wir wenige Tage vor dem Gipfelbeginn ja nicht sagen können, ob ein anderer Gipfel überhaupt kommt, ob es wieder einen Gipfel gibt, ob es ein G7, G5, G8, G10 sein wird.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Wir wissen alle, dass die Welt derzeit vor riesigen Herausforderungen steht und sich vielleicht das Bild der Welt, das wir jetzt haben, das sich in den dreißig Jahren seit dem Fall des Eisernen Vorhangs entwickelt hat, in wenigen Monaten verändern wird. Ich sage: Wann, wenn nicht jetzt, ist es notwendig, dass sich Verantwortungsträger der freien Welt treffen? Wann, wenn nicht jetzt, ist es wichtig, dass man miteinander redet, die Zukunft bespricht? Wir haben die Klimaerwärmung, wir haben eine Energiekrise, wir haben eine aufziehende Welthungerkatastrophe und viele Dinge mehr, die uns belasten: eine Inflation. Die Menschen erwarten – und so viel muss uns die eigene Demokratie, der wir, gewählt von den Menschen, als Vertreter in einem wesentlichen Gremium angehören, nämlich dem Bayerischen Landtag, so viel muss uns unser Selbstbewusstsein wert sein –, dass wir sagen: Jawohl, wir freuen uns darauf, dass sich Menschen – Meinungsbildner, Meinungsträger, Verantwortungsträger – zusammensetzen und um Lösungen ringen. Das ist eine Frage der Demokratie.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Über Details kann man immer sprechen. Uns ist natürlich auch bewusst, dass dieser G7-Gipfel eine riesige Belastung darstellt, eine Belastung für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, für die Einsatzkräfte – Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei, Justiz und THW – und für die Verwaltung vor Ort.

Wir wollen auch klarstellen: Bayern hat sich nicht gemeldet. Der Bundeskanzler hat gebeten. Ich erspare mir jetzt Bonmots mit G20 und sonstigen Dingen. Ich sage nur ganz klar: Bayern hätte natürlich Nein sagen können. Aber ich glaube nicht, dass es richtig gewesen wäre. Ich verstehe den Bundeskanzler, der auch sehr kurzfristig mit der Tatsache konfrontiert wurde, dass er einen Austragungsort braucht, dass er sich quasi unter diesem Zeitdruck dorthin wendet, wo es gute Erfahrungen gegeben hat.

Kurze Zeit, hoher Aufwand und Kräfteansatz, ein Kräfteansatz, der von Spezialisten erarbeitet wurde, und nicht von politischen Mandatsträgern. Es ist sicherlich grundsätzlich richtig, auch nachzufragen. Wir, der Innenausschuss des Bayerischen Landtags, waren dort. Wir haben uns informiert. Ich bin sicher, Herr Kollege Dr. Runge, dass der Innenausschuss auch in die Nachbereitung des G7-Gipfels einbezogen wird und dass selbstverständlich auch die Regierung hier in diesem Hause Rede und Antwort stehen wird. Die Einsatzkräfte werden jede Frage beantworten.

Wie gesagt: Es ist wenige Tage vor dem Gipfel. Ist es wenige Tage vor dem Gipfel richtig, einen sinnentleerten Antrag zu stellen und den auch zu begründen, was noch sinnentleerter gemacht wurde? – Wir Bayern sind Gastgeber, wir in Deutschland sind Gastgeber dieses Gipfels, und es wäre, glaube ich, viel wichtiger, den Menschen, die dafür stehen, Danke zu sagen: Danke an alle, die stellvertretend für unser ganzes Land Einschränkungen und Belastungen auf sich nehmen,

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

in den Einsatzstellen Verantwortung übernehmen und im wahrsten Sinne des Wortes den Kopf hinhalten – dafür, dass wir gute Gastgeber sind.

Diese Frauen und Männer brauchen wenige Tage vor dem großen Ereignis eine klare Aussage des Bayerischen Landtags. Ich versuche, diese wie folgt zu formulieren: Danke für Ihr Engagement und Ihren Einsatz. Danke für privaten Verzicht, um stellvertretend für die Bundesrepublik Deutschland und den Freistaat Bayern zu garantieren,

dass wir gute Gastgeber sind. Wir wünschen Ihnen und uns einen friedlichen Verlauf. Alles Gute und Gottes Segen. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Ländner, bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Bitte bleiben Sie am Mikrofon, Herr Kollege Ländner. Es folgt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Martin Böhm, AfD-Fraktion.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Ländner, es tut mir leid, dass Sie ans Rednerpult zurückgeschickt wurden. – Wie friedlich der Verlauf ist und dass wahrscheinlich viel zu wenig Geld aus Berlin fließt, sieht man daran, dass heute Nacht wenige Hundert Meter von hier entfernt acht Mannschaftswagen der Polizei von Linksterroristen abgefuckelt worden sind.

(Zuruf von der SPD: Aber hallo!)

– Von wem sonst, Kollege?

(Zuruf von der CSU: Vielleicht waren es Rechtsterroristen!)

Unsere Frage geht dahin, wie die Verhandlungen mit Berlin wirklich gewesen sind. Uns wird keine Auskunft erteilt. Gab es genügend Zahlungen? Waren die Zahlungen zu gering, weswegen man nicht in der Lage ist, Fahrzeuge nachts zu überwachen? Ich war vor bald vierzig Jahren bei der Bundeswehr. Wir haben in der tiefsten Oberpfalz unsere Fahrzeuge mit Mannwachen geschützt. Ich kann mir nicht vorstellen, wie der bayerischen Polizei so etwas passieren kann. Wie weit ist es mit unserer inneren Sicherheit gekommen, wenn hier, wenige Hundert Meter vom Maximilianeum entfernt, solche Zustände herrschen und solche Dinge passieren?

(Beifall bei der AfD)

Manfred Ländner (CSU): Das Beispiel von heute Nacht zeigt, wie wichtig der Wunsch nach einem friedlichen Verlauf ist. Bei näherem Hinsehen wird man feststellen, das

Autokennzeichen ist BP, Bundespolizei. Das hat mit der bayerischen Polizei nichts zu tun.

Ich gehe davon aus, dass in der Nachbereitung des Einsatzes auch innerhalb der Führung der Bundespolizei die Frage gestellt wird, ob die Fahrzeugsicherung in Ordnung gewesen ist. Das ist Sache der Bundespolizei.

Hinsichtlich der Bezahlung stelle ich fest, dass erst die Rechnungen da sein müssen. Dann wird ein Strich darunter gezogen. Dann wird ein Antrag gestellt. Sie werden dann sicherlich auf dem Laufenden gehalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Ländner. – Nächster Redner für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Herr Kollege Dr. Martin Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion liefert uns mit ihrem Antrag zum G7-Gipfel eine bunte, aber auch krude Mischung aus Forderungen und Behauptungen. Zum Ersten solle der Landtag feststellen, dass Bayern zweimal kurz hintereinander eine Sonderlast zu tragen hat. Kolleginnen und Kollegen von der AfD, man kann das auch umdrehen und kann sagen: Für Bayern entsteht auch ein Sondernutzen. So kann wieder gezeigt werden, wie schön unser Bayern ist und wie gut eine solche Großveranstaltung von Mann und Frau in Bayern organisiert werden kann.

(Zuruf von der AfD)

Herr Mang, Sie haben erzählt, Sie hätten sich im Haushaltsausschuss mit den Kosten und den Ausgaben befasst. Dann hätten Sie die ellenlangen Listen an Ausgleichsleistungen sehen können und festgestellt, dass Gemeinden und Landkreise profitieren. Das beginnt mit der technischen Aufrüstung der Rathäuser.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Dies setzt sich fort mit Hochwasserschutzmaßnahmen, Stromleitungen und vielem mehr oder damit, welche Fahrzeuge und welche Gerätschaften die örtliche Feuerwehr bekommt. Dies setzt sich bei den Rettungsdiensten fort.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

– Ruft da gerade eine Dame?

Die Polizeiinspektionen in Bayern freuen sich. Sie bekommen nach dem Gipfel endlich elektrisch höhenverstellbare Schreibtische, sie bekommen neue Rechner, neue Bildschirme und vieles mehr.

Zweitens verlangen Sie, der Minister solle einen Bericht über die Verwaltungsvereinbarung zur Kostentragung geben. Sie können dessen versichert sein, dass es diesen Bericht geben wird. Ich kenne nämlich keinen Minister, der nicht nur so berichtswillig, sondern auch so berichtsfreudig wie unser Innenminister ist. Eigentlich gibt es keine Sitzung des Innenausschusses, in der Minister Herrmann nicht anwesend ist und zu dem einen oder anderen Thema Bericht erstattet.

(Beifall bei der CSU)

Wir hatten auf Antrag der GRÜNEN bereits zwei Berichte zum anstehenden G7-Gipfel im Innenausschuss, und selbstverständlich gibt es auch in der Nachbereitung weitere Berichte. Der Bericht am 27. April ging über viele Stunden, und am 1. Juni waren wir einen ganzen Tag in Garmisch und in Elmau. Mehr Programm und mehr Information geht gar nicht.

Herr Mang, sowohl der Minister als auch der Vorsitzende des Innenausschusses hatte auch die Mitglieder des Haushaltsausschusses eingeladen. Sie hätten vieles mitbekommen können, wenn Sie mitgefahren wären. Auch in einer nicht öffentlichen Sitzung – mit einer solchen haben wir begonnen – haben wir über Details gesprochen und den Minister dazu befragen können.

Sie können versichert sein, dass Minister Herrmann der Erste sein wird, der laut kommunizieren wird, wenn der Bund bei der Kostenübernahme säumig sein sollte, zumal in Berlin ja jetzt die Ampel am Ruder ist.

Der dritte angesprochene Punkt ist auch sehr interessant: Mögliche künftige G7-Gipfel sollen in dedizierten Gebieten stattfinden. Ich warte schon auf Ihre Vorschläge.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Einen Vorschlag haben Sie ja gemacht. Ich weiß allerdings nicht, ob dieser für dieses Format sehr geeignet ist.

(Ferdinand Mang (AfD): Doch, doch!)

Wir hatten kürzlich ein Treffen der Regierungschefs auf ganz kurze Notiz hin für wenige Stunden, und das war in Ramstein. Das war aber ein ganz anderes Format.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Ganz interessant ist auch Ihre Feststellung bzw. Ihre Behauptung, die der Landtag übernehmen soll. Wir sollen feststellen, Grenzkontrollen seien in Bayern problemlos immer möglich. Diese Feststellung ist aber schlicht falsch. Sehen Sie sich an, was der EuGH unlängst zu diesem Thema gesagt hat. Österreich war verklagt. Das ist also eine falsche Behauptung. Außerdem sind wir bei Grenzkontrollen in Bayern und für Verkehr durch Bayern ganz anderer Meinung; von daher eine klare Ablehnung Ihres Antrags.

Zum Schluss noch eine kurze grundsätzliche Bemerkung zum Gipfel und zu dessen Organisation und Vorbereitung. Bürgermeisterin Koch, Bürgermeister Schwarzenberger, Landrat Speer und alle anderen haben ganz klar gesagt: Wir haben nicht Hurra geschrien, als wir die erste Info über das Vorhaben G7-Gipfel in Elmau bekommen haben. In dem Moment aber, als dies feststand, haben wir die Ärmel hochgekrempelt, haben gearbeitet, haben vorbereitet und organisiert. Genauso ist es bei den Rettungs-

diensten; genauso ist es bei der Polizei, bei der Feuerwehr und auch im Innenministerium.

Wir meinen also, die Vorbereitung und Betreuung dieser Großveranstaltung in guten Händen zu wissen. Auch deswegen sagen wir jetzt einmal allen, die daran mitwirken, die daran arbeiten, ganz herzlichen Dank. Auch wir wünschen gutes Gelingen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Christoph Maier, AfD-Fraktion, liegt vor.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Dr. Runge wir haben es ja eben gehört: Nur wenige Hundert Meter vom Bayerischen Landtag entfernt wurden acht Mannschaftsbusse der Polizei zerstört. Das sind Zustände, wie man sie nicht aus München oder aus Bayern kennt, sondern aus Berlin und aus Hamburg.

Sie sind ja Vorsitzender des Innenausschusses im Bayerischen Landtag. Ihre Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN arbeitet im politischen Vorfeld mit linksextremen Organisationen verdeckt und offen zusammen. Können Sie uns sagen, wie wir in Zukunft mit Aussagen von Ihnen umgehen können? Wie wollen Sie sich in Zukunft glaubhaft von Linksextremen distanzieren? Machen Sie das heute. Erklären Sie heute im Bayerischen Landtag, dass jegliche Zusammenarbeit der GRÜNEN mit linksextremen Organisationen für die Zukunft ausgeschlossen ist.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Maier, ich wüsste nicht, dass wir verdeckt oder offen mit, wie Sie es bezeichnet haben, linksextremen oder linksradikalen Organisationen zusammenarbeiten. Deswegen erspare ich mir auch eine weitere Kommentierung Ihrer absurden Bemerkung, Ihrer absurden Frage.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Runge. – Nächster Redner ist Herr Kollege Wolfgang Hauber für die FREIEN WÄHLER.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der G7-Gipfel, der am kommenden Wochenende auf Schloss Elmau stattfindet, wirft seine Schatten voraus. Erste Polizeigewerkschaftsvertreter warnen vor der Arbeitsbelastung unserer Polizisten wegen des G7-Gipfels und üben Kritik an der Organisation und am Umgang mit den Polizisten bei diesem Masseneinsatz. Diese Kritik kann ich übrigens nach den von mir geführten Gesprächen mit den Kollegen vor Ort nicht bestätigen.

Es kommt bereits vermehrt zu Vorfällen, bei denen eine Zuschreibung zu den Gegnern des G7-Gipfels im Raum steht. So wurden beispielsweise Stromverteilerkästen in Elmau manipuliert, und an verschiedenen Orten wurden politisch motivierte Schmierereien hinterlassen. Auch in München kommt es zu ungewohnten Bildern, die wir eher aus anderen deutschen Großstädten kennen. Im beschaulichen Haidhausen im Herzen unserer Landeshauptstadt brannten heute Morgen acht Mannschaftsbusse der Bundespolizei.

In diesem Gesamtkontext hat die AfD ihren Dringlichkeitsantrag formuliert, allerdings ohne auf die aktuellen Fragestellungen Bezug zu nehmen oder auf diese einzugehen. Der Dringlichkeitsantrag befasst sich im Wesentlichen mit der Kostenbeteiligung des Bundes am G7-Gipfel und möchte die Veranstaltung örtlich anders organisiert wissen und auch künftig sichergestellt haben, dass Grenzkontrollen durchgeführt werden, um illegale Einreisen zu verhindern.

Um es kurz zu halten: Der Bund hat in seinem Haushalt für das Jahr 2022 80 Millionen Euro für den G7-Gipfel eingeplant. Wie viel die Durchführung des Gipfels letztlich kosten wird

(Ferdinand Mang (AfD): 190!)

und wie hoch die Bundesbeteiligung tatsächlich ausfallen wird, wird erst nach Abschluss des Gipfels und nach einem Rechnungssturz feststehen und bleibt daher dem abschließenden Bericht der Staatsregierung vorbehalten.

(Ferdinand Mang (AfD): Es werden schon 190 sein!)

Die Bundesregierung hat entschieden, den Gipfel in unserem schönen Bayern durchzuführen. Schloss Elmau und das Werdenfelser Land bieten den entsprechenden Rahmen dazu. Die begehrte Durchführung von Grenzkontrollen fällt hingegen in den Zuständigkeitsbereich des Bundes. Daher ist der Dringlichkeitsantrag vollumfänglich abzulehnen.

Ich möchte es nicht versäumen, mich für das Engagement aller, sowohl der hauptamtlichen als auch der vielen ehrenamtlichen Kräfte, bei der Vorbereitung des Gipfels und ab Sonntag auch bei der Durchführung des Gipfels selbst zu bedanken. Ich wünsche mir einen guten, friedlichen Verlauf des G7-Gipfels, und ich wünsche mir, dass alle unsere Einsatzkräfte wohlbehalten und unversehrt zu ihren Dienststellen und Familien zurückkehren.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hauber. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Klaus Adelt das Wort.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Vorstellung des Antrags hat nur noch eines gefehlt: Dass der russische "Vollpfosten" Putin auch noch nach Elmau eingeladen wird, um dort mit ihm verhandeln zu können. – So viel zu dem inhaltslosen Antrag, wo ich von vornherein sage: Die SPD lehnt diesen Antrag ab. Ich stehe hier an dieser Stelle als bayerischer Abgeordneter, der aus Oberfranken kommt. Ich bin stolz darauf, dass dieser Gipfel in Oberbayern, in Elmau, im Schatten der Zugspitze stattfindet. Das kann nicht jeder von sich behaupten.

ten. Ich gebe zu: Die Zugspitze ist doch ein wenig schöner als der Ochsenkopf und vergleichbare Gipfel.

(Zurufe)

Was die Höhe angeht, Kollegin Brendel-Fischer, brauchen wir nicht zu streiten. Er ist es.

(Tobias Reiß (CSU): Er hat bloß 1.000 Meter!)

Zurück zum Antrag. Ich danke allen, die diese Aufgabe, den Kraftakt bewältigt haben, wenngleich nicht alle davon begeistert sind: den Polizisten, den Hilfsorganisationen, der Bevölkerung, die Einschränkungen hinnimmt, den Behörden, all denen, die sich dafür einsetzen, dass es den Gästen in Elmau wohlergeht. Der Nutzen ist manchmal nicht mit Geld zu bezahlen; denn die vielen Journalisten, die dort sind, werden davon positiv berichten. Wie sie berichten würden, wenn sie in Grafenwöhr sitzen würden, weiß ich nicht. – Das spottet jeder Beschreibung.

Zu den Kosten: Es wurde gerade von Manfred Ländner gesagt: Abgerechnet wird, wenn die Rechnungen auf dem Tisch liegen, nicht vorher. Da sind viele Sowieso-Kosten dabei. Das hat er auch ausgeführt. Das werden wir dann wohl sehen.

Zurück zum Militärgelände Grafenwöhr, auf dem es dann stattfinden soll.

(Ferdinand Mang (AfD): Es darf auch Ramstein sein!)

So einen Schwachsinn habe ich schon lange nicht mehr gehört!

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich würde mich nicht wundern, wenn die AfD ihre Herbstklausur im Gemeinschaftsraum der JVA in Straubing oder sonst wo abhält mit Übernachtung in den Einzelzellen. Ich traue es euch zu, dass ihr das macht. Es gehört zum Ambiente beim Verhandeln dazu, was für eine Umgebung man hat.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ist es!)

Wir brauchen eine gute Umgebung für ein gutes Ergebnis.

Zum Letzten: die Grenzkontrollen. Ich bin in der Nähe der Grenze zur DDR und zu Tschechien aufgewachsen. Ich wünsche mir eines für mein ganzes Leben: ein grenzenloses Europa. Schlawiner und Kriminelle gibt es in Deutschland und überall. Mehr sage ich nicht. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. G7-Gipfel: guter Erfolg!

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung, Herr Adelt.

(Klaus Adelt (SPD): Das auch noch!)

Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordnetem Markus Bayerbach, fraktionslos. Bitte schön.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Herr Adelt, das war jetzt ein sehr breites Spektrum von "Ambiente" bis "Vollpfosten". Aber eines ist mir aufgestoßen: Wollen Sie allen Ernstes keine Gespräche mit Putin, ist Ihnen eine kriegerische Auseinandersetzung lieber? Ich bin der Meinung, man sollte mit den Herrschaften so viel reden, wie es nur geht. Das ist die Lösung für eine Demokratie, aber nicht, jemanden als Vollpfosten zu bezeichnen und eine kriegerische Lösung anscheinend gut zu finden.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Von Demokratie haben Sie keine Ahnung!)

Klaus Adelt (SPD): Das war keine Frage. Aber ich bleibe bei meinem Satz: Ein Vollpfosten ist, wer einen solchen Krieg anzettelt, nichts anderes. Verhandeln muss man mit ihm, wenn er wieder zurechnungsfähig ist.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn ich als Musikfunktionär die Variation der sprachlichen Tonhöhe des Kollegen Mang sehr bewundere,

(Beifall bei der FDP)

möchte ich mich trotzdem kurz auf den Inhalt des Antrags konzentrieren. Ich finde es immer faszinierend, welche krummen Wege Sie finden, ein Thema, das anscheinend nichts damit zu tun hat, trotzdem irgendwie immer wieder zum Thema Ausländer, Grenzen und sonst was hinzuführen bis hin zur Aufforderung, künftig Grenzkontrollen durchzuführen, um illegale Einreisen zu unterbinden. Ich habe noch nicht verstanden, wie Sie diesen Zusammenhang hinbekommen.

Den G7-Gipfel in Elmau durchzuführen, war nicht die Entscheidung des Freistaats. Das ist oft genug erläutert worden. Da muss ich ausdrücklich sagen, dass Innenminister Herrmann mehrfach im Haushaltsausschuss war und das sehr genau erläutert hat. Herr Mang, da waren Sie zumindest körperlich auch anwesend. Deshalb macht Ihre Aufforderung, das auf irgendeinem dedizierten Militärareal oder Ähnlichem auszutragen, überhaupt keinen Sinn.

Zum Schluss: Eine Formulierung aus Ihrer Begründung finde ich ganz besonders interessant. Sie reden dort von der "linken Bundesregierung". Ich kann nur sagen: Von der AfD aus gesehen ist natürlich alles links.

(Heiterkeit bei der FDP)

Wenn Sie sich weiter so nach rechts bewegen, ist das noch viel weiter links. Aber das hilft Ihnen auch nicht weiter.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Raimund Swoboda, fraktionslos.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Die Diskussion zu diesem AfD-Antrag ist sehr aufschlussreich. In einem sind wir uns alle einig: Ich bin aufgrund meiner polizeilichen Vergangenheit sicher, dass der Herr Innenminister Herrmann und seine bayerische Polizei hier eine hervorragende Planungs- und Durchführungsarbeit zum Schutz des Gipfels und seiner Teilnehmer leisten werden und auch die Bevölkerung vor Ort bestmöglich schonen werden.

Ich habe in dieser Diskussion heute nicht verstanden, wieso man die AfD so stark verurteilt, weil sie einen Antrag stellt, der genau ins Parlament gehört. Was geschieht mit unseren Steuergeldern? Was kostet der Gipfel? Wer bezahlt das? – Wir wissen alle: Wir bezahlen es am Ende mit unseren Steuermitteln. Darum ist der Landtag als der Haushaltsgesetzgeber derjenige, der letztendlich für die Kostenverteilung verantwortlich ist. Weil er absegnet, was die Regierung verlangt, ist das Parlament sehr wohl die beste Adresse, um diese Diskussionen zu führen. Wenn hier jemand sagt – Herr Ländner von der CSU –, dass das ein sinnentleerter Antrag ist, frage ich Sie: Wo sehen Sie denn den Sinn dieses Landtags?

Dass wir uns alle einen friedlichen Verlauf wünschen und garantieren möchten, ist schön. Aber da gab es mal einen Olaf Scholz, Bürgermeister in Hamburg, der seiner Bevölkerung garantiert hat, dass man die Sicherheit im Griff hat und es zu keinen Störungen kommt. Nach dem Gipfel war das Bankett fehlerfrei. Das wird auch in Elmau so sein. Aber in den Stadtteilen von Hamburg gab es Schutt und Asche. Wer war schuld? Wer hat es verursacht? – Die Autonomen, die "Antifanten". Die GRÜNEN sehen immer keine Nähe zur Antifa. Die Fraktionsvorsitzende Frau Schulze hat hier im Bayerischen Landtag bekundet, dass sie stolz darauf ist, antifaschistische Kämpferin zu sein und das im Landtag weiter sein wird. – Ich akzeptiere so etwas, weil sie das nicht militant und steinewerferisch meinte, aber ich habe die Steine von "Antifanten" genießen dürfen. Ich weiß also, wovon ich rede.

Letzten Endes sind die Kosten in Höhe von 190 Millionen Euro ein ganz schönes Stück. Das geschieht schon zum zweiten Mal. Wie oft soll das noch kommen? – Zahlen müssen es wirklich die Steuerzahler. Wenn 110 Millionen Euro an Bayern hängen bleiben, egal ob als Infrastrukturkosten, die ohnehin für die Polizei entstehen, oder aber als außergewöhnliche Kosten aus Anlass des Einzelfalls, ist das eine starke Nummer.

Das war es im Wesentlichen. Herr Adelt, woher nehmen Sie eigentlich das Wissen, wie gut die Konferenzräume und die Einzelzellen der JVA Straubing dafür geeignet sind, um die AfD für eine Parteiveranstaltung aufzunehmen? – Das ist Käse hoch drei, das können Sie sich wirklich sparen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/23205 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die restlichen Fraktionen sowie die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Klingen (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.